

# MANIFEST DER EUROPÄISCHEN LINKEN ZU DEN EUROPAWAHLEN 2024



 Europäische **LINKE**





# GRUNDSÄTZE UND VORSCHLÄGE DER EUROPÄISCHEN LINKSPARTEI

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament werden unter außergewöhnlichen Umständen stattfinden. Europa ist der sich am schnellsten erwärmende Kontinent der Welt geworden und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen muss beschleunigt werden. Viele europäische Bürger ringen mit einer Lebenshaltungskostenkrise, während in der EU Milliarden von Euro für eine beispiellose militärische Aufrüstung ausgegeben werden und sich sogar eine Rückkehr zur gescheiterten neo-liberalen Austeritätspolitik abzeichnet. Schließlich werden die Wahlen von Kriegen überschattet, die auf europäischem Boden und in dessen näherer Umgebung stattfinden. Diese Wahlen sind also alles andere als nebensächlich. Damit Ihre Stimme Gehör findet, rufen wir alle demokratischen europäischen Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftliche Mehrheit, dazu auf, an den Europawahlen teilzunehmen und für ein demokratisches, friedliches, soziales und ökologisches Europa zu stimmen.

Die extrem nationalistische und neofaschistische Rechte, die in einigen Ländern bereits regiert und in anderen an die Tore der Macht klopft, kann und muss gestoppt werden. Der Kampf gegen den Faschismus in welcher Form auch immer ein in Erscheinung tritt, ist ein Kernelement des Programms und der Geschichte der Partei der Europäischen Linken (EL). Diese Ideen müssen bekämpft und aus unseren Gesellschaften beseitigt werden. Dieser Kampf kann gewonnen werden, wenn die Interessen der Menschen und der Wunsch der Europäerinnen und Europäer nach sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Sicherheit und Frieden in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung gestellt werden.

# KAMPF GEGEN DEN NEOFASCHISMUS

Unsere Parteien sind im Kampf gegen Faschismus und Krieg verwurzelt. Darin finden wir Stärke, und wir werden auch auf den hart erkämpften Siegen von heute aufbauen und diese ausbauen, in Lateinamerika und anderswo, wo sich die Menschen für eine andere Vision der Gesellschaft einsetzen und Hass und Angst besiegen. Antifaschistische und linke Kräfte müssen eine internationale Zusammenarbeit aufbauen, um diese Vision zu unterstützen und bekannt zu machen – und um den wachsenden Antikommunismus abzulehnen, der mit dem Aufstieg der extremen Rechten einhergeht. Weniger Sozialismus bedeutet mehr Faschismus und mehr Barbarei.

## WIR SCHLAGEN FOLGENDE INITIATIVEN VOR:

- Die Resolution des Europäischen Parlaments über die Zunahme neofaschistischer Gewalt und zum Verbot aller neofaschistischen und neonazistischen Organisationen und Stiftungen vollständig umsetzen.
- Ein europäisches antifaschistisches Zentrum für Dokumentation, wissenschaftliche Forschung und Bildung aufbauen.
- Den 25. April zum Europäischen Tag des Kampfes gegen den Faschismus erklären.



# UNSER SIEG IST FRIEDEN!

Mehr denn je brauchen wir ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die existenziellen Bedrohungen berücksichtigt, mit denen wir konfrontiert sind – Klimawandel, Armut und Krieg.

Wir verurteilen die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, die nach dem humanitären Völkerrecht ein Verbrechen darstellt. Die unmittelbaren Schritte zur Beendigung des Krieges müssen eine Rückkehr an den Verhandlungstisch, ein Waffenstillstand und der Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine sein. Wir sind für Friedensverhandlungen. Wir befürworten Sanktionen gegen den russischen militärisch-industriellen Komplex. Wir fordern Sanktionen gegen den militärisch-industriellen Komplex der USA wegen der Unterstützung der Aggression der Regierung des Staates Israel.

Israel muss diesen barbarischen Krieg und die Gewalt im Westjordanland beenden. Wir haben das Hamas-Massaker vom 7. Oktober verurteilt. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, die Entsendung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung von Gaza und den sofortigen Rückzug Israels aus allen von ihm besetzten Gebieten.

Israel muss das Urteil des Internationalen Gerichtshofs umsetzen, das es verpflichtet, alle Handlungen zu unterlassen, die zu einem Völkermord in Gaza führen könnten. Aus diesem Grund muss die EU wirksame wirtschaftliche und politische Sanktionen verhängen, um Druck auf die israelische Regierung auszuüben.

Wir stehen an der Seite der linken und fortschrittlichen Kräfte in Israel und fordern ein Ende des Krieges.

Die Welt kann die systematische Unterdrückung der Palästinenser nicht länger tolerieren. Dem palästinensischen Volk muss das Recht auf Selbstbestimmung in einem unabhängigen, lebensfähigen Staat an der Seite Israels innerhalb der Grenzen von 1967 gewährt werden.

Neben dem Leid in der Ukraine und in Palästina dürfen wir die 22 anderen Kriege, die auf der ganzen Welt geführt werden, nicht aus den Augen verlieren: im Jemen,

in Syrien, im Sudan, in der Westsahara, gegen das kurdische Volk und anderswo. Wir erleben einen „Weltkrieg in Raten“, der schnell zu einer weltweiten Atomkatastrophe eskalieren könnte. Dies zu verhindern ist die wichtigste Aufgabe.

Wir wollen nicht, dass Europa zum Schauplatz eines neuen Kalten Krieges und eines Wettrüstens wird. Wir wollen, dass Europa auf der Grundlage von Multilateralismus und der Achtung des Völkerrechts autonom und unabhängig von den USA Verantwortung für seine Sicherheit übernimmt. Wir setzen uns für ein Europa des Friedens und der Solidarität ein und setzen uns stets für diplomatische Lösungen internationaler Konflikte ein. Wir brauchen einen neuen Sicherheitsansatz, der auf der Erkenntnis beruht, dass kein Staat und keine Gemeinschaft sicher sein kann, wenn andere nicht das gleiche Niveau an Sicherheit haben. Statt die EU zu militarisieren, braucht Europa eine politische Agenda für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

Wir sprechen uns weiterhin gegen die Erweiterung der NATO und das neue Wettrüsten in Europa aus.

Der 50. Jahrestag der Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) von 1975 ist eine Gelegenheit, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit im europäischen Haus in Erinnerung zu rufen und wiederzubeleben.

Neutralität und Blockfreiheit können Vorbilder für eine friedliche europäische Sicherheitsordnung werden.

## **UNSERE VORSCHLÄGE FÜR SOFORTMAßNAHMEN:**

- Die Ablehnung des Krieges als Instrument zur Beilegung internationaler Streitigkeiten zu einem der Grundprinzipien der EU machen.
- Schluss mit dem Wettrüsten in Europa: Keine neuen Atomwaffen in Europa. Europa muss ein atomwaffenfreier Kontinent werden!
- Den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) vollständig umsetzen, den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) unterzeichnen und ratifizieren und den Anteil des BIP, der für Militärausgaben verwendet wird, reduzieren.
- Die „irische Klausel“ (Artikel 24 und 42 des Vertrags über die Europäische Union) beachten: Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union „berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten“.
- Wir unterstützen die Bestrebungen des irischen Volkes, seine durch den britischen Kolonialismus gespaltene Nation wieder zu vereinen.
- Wir fordern ein Ende der türkischen Besetzung Zyperns und die Wiedervereinigung des Landes gemäß den UN-Resolutionen und dem Besitzstand der Europäischen Union.
- Wir fordern die Entmilitarisierung der Insel und die Achtung ihres blockfreien Status.

# GESELLSCHAFTLICHE TRANSFORMATION HIN ZU EINER INTEGRALEN ÖKOLOGIE

Die Europäische Linke erkennt die Klimakrise als Notfall an und setzt sich dafür ein, die Wirtschaft weg von unbegrenztem Wachstum und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu transformieren und so die Voraussetzungen für eine gerechte grüne Transformation zu schaffen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand, eine funktionierende und universelle staatliche Leistungen und die Vergesellschaftung von Gemeingütern gewährleistet.

Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und so sicherzustellen, dass die nächste Generation weiterhin das Recht auf eine nachhaltige Zukunft auf einem gesunden Planeten hat, müssen wir erhebliche soziale und wirtschaftliche Veränderungen durchlaufen. Wir müssen einen neuen ökologischen Gesellschaftsvertrag fördern, der auf Gerechtigkeit und Respekt beruht. Bei Gerechtigkeit geht es um das unveräußerliche Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers, in einer sauberen und gesunden Umwelt zu leben. Bei Respekt geht es um unsere Mindestpflicht gegenüber der Natur und gegenüber künftigen Generationen.

Kriege und das globale Wettrüsten sind Schlüsselfaktoren für die Umweltkrise. Frieden ist daher der Schlüssel zu diesem sozialökologischen und ökosozialen Wandel.

Die Europäische Linke hat eine klare Vorstellung von diesem Wandel von Umwelt, Energie und Industrie. Während Technologie eine wichtige Rolle spielen wird, bezieht sich dieser Übergang vor allem auf einen gesellschaftlichen Wandel der Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, angepasst an die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung und an die Grenzen des Planeten. Radikale Umweltveränderungen gehen Hand in Hand mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit und dem Kampf gegen die Marktbeherrschung für einen gerechten Übergang zu einer ökologischen Wirtschaft.

Die kreativen Fähigkeiten der Arbeiterklasse sind der Schlüssel zur Bewältigung der ökologischen und sozialen Krise. Wir unterstützen die Vorstellungen der Gewerkschaften von einem demokratisch konzipierten gerechten Übergang zu einer neuen digitalisierten und ökologischen Wirtschaft, die niemanden zurücklässt.

Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer sollte arbeitslos werden aufgrund der ökologischen Transformation und der Energiewende, die neben dem Abbau umweltschädlicher Arbeitsplätze auch den Ausbau anderer, ökologischer Beschäftigungsformen mit sich bringen muss. Wir fordern daher massive europäische Investitionspläne, damit Unternehmen und öffentliche Verwaltung neue Arbeitsplätze schaffen und die Menschen dafür ausbilden können.

Das Erreichen der Pariser Klimaziele ist zwingend erforderlich. Der „European Green Deal“ der Europäischen Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, dem Klimawandel entgegenzuwirken und eine ökologische Transformation einzuleiten. Dennoch bleibt das



Vorhaben beim Versuch der Versöhnung mit dem kapitalistischen Produktionssystem stecken, das überwunden werden muss. Es braucht dafür mehr Elan und eine andere Perspektive. Die Linke möchte zur Entstehung einer fortschrittlichen Bewegung beitragen, deren Hauptziel die Überwindung des Neoliberalismus und eines kapitalistischen Systems ist, das die Natur, Frauen und Männer ausbeutet.

Wir streben eine Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit dem Ziel an, die Mittelverteilung nach Flächen schrittweise abzuschaffen und die Gelder für eine umweltfreundliche, nachhaltige Landwirtschaft umzulenken. Nachhaltige Landwirtschaft sollte zur Attraktivität ländlicher Gebiete beitragen, während arbeitsintensive Landwirtschaft denjenigen, die das Land bewirtschaften, direkt zugute kommen muss, indem ein Modell kleiner, nachhaltiger landwirtschaftlicher Betriebe und gesunder Lebensmittel gefördert wird, bei denen die Produkte einen kurzen Wirtschaftskreislauf haben.

Öffentliche Kontrolle und Eigentum an Gemeingütern und Dienstleistungen sowie eine demokratische und partizipative Planung der Wirtschaft sind von entscheidender Bedeutung, um die Menschheit und den Planeten zu retten und soziale Ungleichheit zu beenden.

Die Stärkung von Frauen bis hin zur Übernahme von Führungsrollen sowie ihr gleichberechtigter Zugang zur Entscheidungsfindung sind ein wesentlicher Schlüsselfaktor für eine gerechte Transformation.

## **VORSCHLÄGE FÜR SOFORTMAßNAHMEN:**

- Das Ziel der Europäischen Union zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen von 55% auf 65% bis 2030 erhöhen und das Datum für die Klimaneutralität der Europäischen Union von 2050 auf 2035 vorverlegen.
- Staatliche Kontrolle und Eigentum von Gemeingütern wie Wasser, Sanitärversorgung und den Unternehmen, die diese bereitstellen, schaffen; ebenso von Kohlenwasserstoffen und anderen Energiequellen; und von Energieerzeugungs-, Energieübertragungs- und Energieverteilungsdienstleistern. Das derzeitige Modell der Energieunion hin zu einem Modell umkehren, das auf Vergesellschaftung

von Ressourcen beruht und einen Finanzierungsweg für Kommunen eröffnet, um Energiesouveränität zu erreichen.

- Einbeziehung von Kriterien der wirtschaftlichen Rationalität in die Wasserwirtschaft unter Berücksichtigung von Kostendeckung, einschließlich Umweltkosten und Knappheitswert, und soziale, ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen sowie geografische und klimatische Bedingungen.
- Ein agrarökologisches Regelwerk für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) etablieren, das auf einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft beruht, faire Einkommen für Landwirte sicherstellt, hochwertige Lebensmittel, Bodenschutz und Ernährungssouveränität bietet und den Klimawandel eindämmt.
- Die Richtlinie über nachhaltige Mobilität für eine nachhaltige Raumplanung umsetzen, mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr und Widerstand gegen Privatisierungen.
- Einen Europäischen Fonds für staatliche Leistungen schaffen, der mit 0% Zinsen von der EZB finanziert wird, mit demokratischer Verwaltung, für Investitionen, massiver Personaleinstellungen und Ausbildung, insbesondere in den Bereichen Verkehr (Güter- und Personenverkehr), Gesundheitswesen und Bildung.
- Für den ökologischen und sozialen Wandel der Unternehmensproduktion: Ändern der Bankenpolitik der EZB: niedriger Zinssatz (0% oder weniger) für Bankkredite für Investitionen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren und gute Arbeitsplätze schaffen; hohe Zinsen, sogar Strafzinsen, für Kredite, die Arbeitsplätze abbauen, verlagern oder die Schadstoffemissionen (CO<sub>2</sub> usw.) erhöhen.
- Abschaffung der SUV-Wirtschaft durch Regelungen, die eine CO<sub>2</sub>-neutrale, effiziente und straßenverkehrsfreundliche Automobilproduktion gewährleisten. Gleiche Steuern auf Flugzeug- und Autotreibstoffe einführen und CO<sub>2</sub>-Ausnahmen streichen. Privatflüge verbieten, Züge für Fahrten unter zweieinhalb Stunden priorisieren, Nachtzüge wiederbeleben und Netze nach Bedarf ausbauen. Eine Reduzierung und Aufsicht über Kreuzfahrten durchsetzen.
- Biologische Vielfalt in die gesamte bereichsübergreifende Politik integrieren, insbesondere in die Sektoren Energie, Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft, Verkehr, Tourismus und Flächennutzungsplanung, als ein wichtiges sektorenübergreifendes Element, das Maßnahmen einschränken sollte, wenn die biologische Vielfalt bedroht wird.

# ARMUT BEKÄMPFEN, NICHT DIE ARMEN!

Wir werden uns nicht mit der Zunahme der Armut in Europa abfinden. Wir fordern die Annahme einer integrierten Strategie zur Armutsbekämpfung, die das mehrdimensionale Problem von Armut und sozialer Ausgrenzung anpackt.

Die zunehmende Gentrifizierung und die rasante Ausbreitung der Plattformökonomie im Immobilien- und Tourismussektor berauben Bürger und insbesondere junge Menschen ihres Rechts auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Darüber hinaus ist die Zahl der Obdachlosen derzeit besorgniserregend hoch, während vor allem in Ballungsräumen Tausende Gebäude leer stehen.

Menschenwürdiger, bezahlbarer und klimafreundlicher Wohnraum muss ein Recht werden und darf nicht als Ware betrachtet werden. Soziale Absicherung hinsichtlich Gesundheit, Rente und Arbeitslosigkeit muss für alle Menschen in der EU universell sein, unabhängig von ihrer Herkunft.

Wir befürworten den universellen und kostenlosen Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme, um soziale Ungleichheiten abzubauen. Öffentliche Mittel sollten nur für den Aufbau und die Stärkung öffentlicher Gesundheitssysteme verwendet werden.

Wir fordern eine Energiegrundsicherung, also den Rechtsanspruch aller Menschen auf freien Zugang zu der Energiemenge, die für Heizung und Haushalt benötigt werden. Das ist ein Menschenrecht.

Feministische Ökonomie und Geschlechtergleichheit sind für eine menschliche Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Sie sind ein zentraler Bestandteil der neuen, gerechteren, menschlichen Wirtschaft, die wir erreichen wollen. Es ist höchste Zeit, sich mit der Rolle unbezahlter und unterbezahlter Pflegearbeit auseinanderzusetzen und diese voll und ganz anzuerkennen. Die Gesellschaft muss in öffentliche Pflegesysteme investieren und sich mit der unverhältnismäßigen Verantwortung von Frauen und Mädchen für die Pflegearbeit befassen, deren Defamilialisierung unterstützen und die Armut von Frauen bekämpfen.

Wir wollen eine moderne öffentliche Verwaltung aufbauen, die ausreichend personell ausgestattet, entbürokratisiert, demokratisch und transparent verwaltet wird und auf die Bedürfnisse der Bürger eingeht.

Die EU muss Investitionen in kostenlose und erreichbare Gesundheitsversorgung, Bildung, Verkehr und Telekommunikation fördern.

## **UNSERE VORSCHLÄGE FÜR SOFORTMAßNAHMEN:**

- Das Recht auf bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum für alle Menschen in Europa im EU-Primärrecht verankern.
- Umsetzen nationaler und europäischer Investitionspläne für den öffentlichen Wohnungsbau und den Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur. Finanzieren von Sozialwohnungsprojekten durch nationale oder lokale Behörden, gemeinnützige Projektträger und Genossenschaften über die Europäische Investitionsbank (EIB) zu 0% Zinsen.
- Verabschieden einer EU-Richtlinie, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, gesetzliche Mietobergrenzen einzuführen und befristete Mietverhältnisse sowie Zwangsräumungen aus Hauptwohnsitzen zu verbieten. Stärken der Mieterrechte in Wohnungen von Wohnungsinvestoren. Diese Investmentgesellschaften und ihre Aktivitäten müssen beschränkt werden, damit sie kein übermäßiges Risiko für die Immobilienmärkte darstellen.
- Die Finanzierung des öffentlichen Wohnungsbaus von den Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln ausnehmen.
- Schaffung hochwertiger Betreuungsstrukturen für Kinder, ältere Menschen und Behinderte, um die Nachhaltigkeit der Reproduktion auf gerechte Weise zu verbessern.
- Verabschiedung einer EU-Richtlinie, die die Mieten begrenzt und die Kommunen dazu verpflichtet, Wohnraum für Studierende und Lernende bereitzustellen; ein Regulierungsrahmen für Plattformen für Kurzzeitmiete in großen städtischen Gebieten, verbunden mit öffentlichen Ausgaben und europäischen Mitteln für die Entwicklung neuer Wohnungen.

- Verabschieden einer EU-Richtlinie gegen soziale Ungleichheiten und Diskriminierung im Bildungsbereich aufgrund von Klasse, Geschlecht, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität oder -ausdruck, Nationalität, Aufenthaltsstatus und religiöser Überzeugung.
- Stoppen der Privatisierung von Bildung, Hochschulbildung und Forschung; nur öffentliche Mittel für öffentliche Einrichtungen.
- 7% des EU-BIP für Bildung, Forschung und Innovation reservieren.
- Aufnahmeprüfungen und Studiengebühren abschaffen (auch für Nicht-EU- und außereuropäische Studierende).
- Die Vergabe europäischer Studien- und Forschungsstipendien sollte auf sozialen Kriterien beruhen und den europäischen Austausch in Ausbildungsgängen von weiterführenden Schulen bis auf Universitätsebene fördern.
- Gewährleistung eines universellen und freien Zugangs zu Pflege- und öffentlichen Gesundheitssystemen, einschließlich Empfängnisverhütung und sicherer Abtreibung in der gesamten EU, garantiert durch das EU-Primärrecht.
- Schaffung eines öffentlichen europäischen Zentrums für Pharmazie und Medizin.
- 2% des EU-BIP sollen für Kulturförderung bereitgestellt werden.
- Verabschiedung eines grundlegenden europäischen Statuts für nebenberufliche Künstler.

# **GELD UND MITTEL FÜR MENSCHEN UND DEN PLANETEN!**

Um öffentliche Dienstleistungen zu sichern und weiterzuentwickeln und einen gerechten Übergang zu einer digitalisierten und ökologischen Wirtschaft zu ermöglichen, müssen wir zunächst die Wiedereinführung der Sparpolitik verhindern. Unsere Priorität ist ein massiver Investitionsplan zur Schaffung ökologischer Arbeitsplätze, auf Grundlage der Revitalisierung von KMUs und wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen, der Pflegewirtschaft und der Umgestaltung von Industrie, Verkehr und Energie im Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Grenzen des Planeten.

Dafür müssen Finanzmittel mobilisiert werden, die den EU-Haushalt und den Entwicklungsfonds NextGenerationEU um ein Vielfaches übersteigen. Diese Mittel könnten bereitgestellt werden, wenn es uns gelingt, innerhalb der europäischen Institutionen eine willige, fortschrittliche Mehrheit zu bilden.

Die öffentlichen Haushalte müssen aus dem Würgegriff der Finanzmärkte befreit werden.

Wir fordern die Umverteilung eines großen Teils der Milliarden Euro, die Europa heute für Rüstung ausgibt, hin zu Projekten für einen sozialen und ökologischen Wandel.

Die Energiekonzerne haben durch die Preissteigerungen infolge des Krieges in der Ukraine enorme Gewinne eingefahren, die es an die Gesellschaft zurückzugeben gilt.

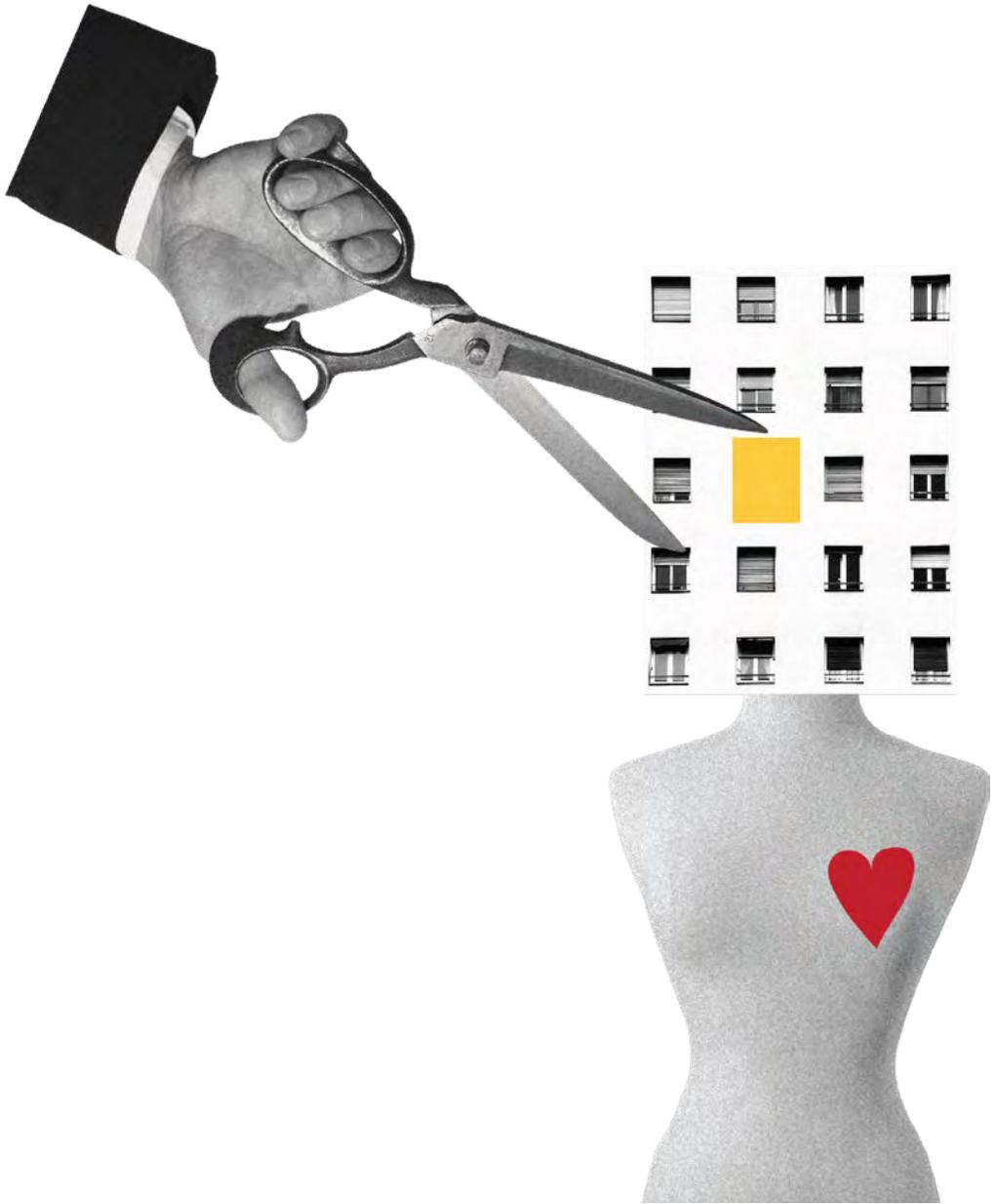
Wir fordern die Abschaffung von Steueroasen in der EU und die Einführung einer gemeinsamen Mindestbesteuerung von Gewinnen und Großvermögen in der EU.

## **UNSER VORSCHLAG FÜR SOFORTMAßNAHMEN:**

- Den Stabilitäts- und Wachstumspakt abschaffen und durch einen neuen Pakt ersetzen, der sich auf soziale und ökologische Umstrukturierungen konzentriert und eine expansive und antizyklische Politik ermöglicht;
- Die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) in einen dauerhaften EU-Mechanismus zur Verringerung von Ungleichheiten und zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums mit Schwerpunkt auf der Unterstützung und Modernisierung von KMU umwandeln.
- Eine europäische Reichensteuer einführen, um wichtige Investitionen in die Armutsbekämpfung sowie den ökologischen und sozialen Wandel zu finanzieren. Eine Übergewinnsteuer auf übermäßige Gewinne in der Energie- und Kriegsindustrie für z. B. Banken und den Rüstungssektor einführen. Eine progressive Cloud-Steuer auf Einnahmen aus digitalen Plattformen einführen, die die Ausgaben von Unternehmen und politischen Parteien in sozialen Medien abdeckt.
- Die EZB zu einem Instrument machen, das den Staaten direkte Finanzmittel zur Verfügung stellt, um öffentliche Institutionen und Körperschaften bei der Erfüllung der Bedürfnisse öffentlicher Rechte und Leistungen sowie des ökologischen Wandels zu stärken. Einen Europäischen Fonds für staatliche Leistungen schaffen, finanziert zu 0% Zinsen von der EZB, mit demokratischer Verwaltung, für Investitionen, massive Personaleinstellungen und Ausbildung, insbesondere in den Bereichen Verkehr (Güter- und Personenverkehr), Gesundheit und Bildung, Forschung und für finanzielle Fortschritte in der sozialen Sicherheit.
- Die Bankenpolitik der EZB ändern: niedrige Zinssätze (bis zu 0 % oder weniger) für Bankkredite für Unternehmensinvestitionen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren und gute Arbeitsplätze schaffen; hohe Zinssätze, sogar Strafzinsen, für Kredite, die Arbeitsplätze abbauen oder auslagern, den Schadstoffausstoß (CO<sub>2</sub> usw.) erhöhen oder der Spekulation dienen.
- Ein Schuldenumstrukturierungsprogramm genehmigen, das die Monetarisierung der von der EZB erworbenen Staatsschulden mit Rückübertragung von Zinsen im Gegenzug für soziale Auflagen umfasst, damit die aus der Umstrukturierung resultierenden zusätzlichen Mittel, zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und der Wohlfahrtsindikatoren der Bevölkerung verwendet werden und eine nachhaltige Entwicklungspolitik fördern. Darüber hinaus sollte die Finanzierung öffentlicher

Ausgabenprogramme und die Schaffung guter Arbeitsplätze zu den Zielen der EZB gehören.

- Finanztransaktionen besteuern und Steuerhinterziehung und -betrug bekämpfen durch die Erstellung einer vollständigen Liste von Steueroasen, auch innerhalb der EU, und Einführen einer Quellensteuer auf die Gewinne multinationaler Unternehmen und Banken. Wir müssen den Steueroasen innerhalb der Europäischen Union ein Ende setzen!
- Einen Europäischen Fonds für sozialen Wohnungsbau, staatliche Leistungen und Beschäftigungsbedarf schaffen, der durch die Geldschöpfung der EZB finanziert wird und Kredite an Staaten, Kommunen, Genossenschaften und gemeinnützige Institutionen zu Nullzinsen oder zu sehr niedrigen Zinssätzen vergibt. Der Fonds muss transparent verwaltet und die Transparenz durch die Einbindung der Zivilgesellschaft gewährleistet werden, insbesondere von Gewerkschaften, Frauenverbänden, Mietervereinigungen und ökologischen Bewegungen.



# ARBEIT TRANSFORMIEREN

Wir wollen eine vereinte linke und fortschrittliche Front in Europa aufbauen, die in der Lage ist, die aktuellen Machtverhältnisse zu verändern, indem sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Gewerkschaften befähigt, die EU der Zukunft zu gestalten. Wir wollen einen neuen grünen Gesellschaftsvertrag, der den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird und auf den Abbau von Ungleichheiten abzielt. Gemeinsam mit linken Gewerkschaftern haben wir 16 Forderungen erarbeitet, die eine Grundlage für gemeinsames Handeln bilden. Unser politisches Ziel ist es, die enorme Steigerung der globalen Arbeitsproduktivität zu nutzen, um das Leben der Menschen durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohn einbußen zu verbessern und die Produktion auf soziale und ökologische Bedürfnisse auszurichten.

Die EU muss die Krise der Lebenshaltungskosten angehen, indem sie Löhne und Renten über die Inflationsrate anhebt und dabei besonderes Augenmerk auf die Beseitigung von Ungleichheiten legt. Die EU muss die Löhne erhöhen und das geschlechtsspezifische Lohngefälle schließen. Dafür braucht es starke Gewerkschaften. Wir unterstützen das allgemeine Recht, sich auf europäischer Ebene zu organisieren, Tarifverhandlungen zu führen und Arbeitskampfmaßnahmen, einschließlich Streiks, durchzuführen. Lohnempfängerinnen und -empfänger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Arbeiterklasse müssen befähigt werden, durch die Schaffung neuer Rechte zu Protagonisten beim Aufbau des neuen sozial gerechten und ökologisch verantwortungsvollen Europas zu werden. Die Wirtschaftsdemokratie ist der Schlüssel dafür, dass arbeitende Menschen Einfluss darauf nehmen können, was und wie sie produzieren.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir für einen gerechten Übergang zu einer Digitalisierung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir müssen die Herausforderungen der künstlichen Intelligenz (KI) sozial gerecht angehen. Arbeitnehmer und -nehmerinnen haben das Recht, an der Festlegung der sozialen und ökologischen Ziele von Unternehmen und öffentlicher Verwaltung beteiligt zu werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Plattformökonomie müssen als solche anerkannt werden. Wir kämpfen gegen prekäre Arbeit und für das Recht jeder Arbeit-

nehmerin/jedes Arbeitnehmers auf einen stabilen, unbefristeten Vertrag und einen Vollzeitjob.

Die Mehrheit der in der Pflege Beschäftigten sind Frauen. Die EL setzt sich gemeinsam mit den Gewerkschaften und der feministischen Bewegung für sozial und finanziell menschenwürdige Arbeit für Frauen ein.

## **UNSERE VORSCHLÄGE FÜR SOFORTMA NAHMEN:**

- Schluss mit Armut trotz Arbeit! Eine europäische Grundeinkommensrichtlinie, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, jedem per Gesetz ein Mindesteinkommen zu garantieren, das die Grundbedürfnisse eines menschenwürdigen Lebens abdeckt (Nahrung, Wohnen, Energie, Zugang zu Kultur, Mittel für Notfälle usw.);
- Einen garantierten Beschäftigungsplan in der Europäischen Union verabschieden, der sich auf Programme zur Wiederaufforstung und zum Umweltschutz, zur Wohnungsrenovierung und Energieeffizienz, zur Förderung der Pflege, zur Ausbildung/ Beschäftigung von Arbeitslosen und sozialwirtschaftliche Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert. Die Finanzierung würde durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erfolgen und wäre an die Schaffung hochwertiger öffentlicher Arbeitsplätze geknüpft.
- Ein EU-Rechtsrahmen für einen gerechten Übergang in der Arbeitswelt durch Antizipation und Bewältigung von Veränderungen auf der Grundlage von Tarifverhandlungen und Gewerkschaftsbeteiligung;
- eine EU-Verordnung, die den Rechtsanspruch auf unbefristete Verträge und Vollzeitarbeit garantiert und unbezahlte Praktika verbietet. Sozialrechte und Arbeitsrechte müssen bei Plattformarbeit und Tlearbeit vollständig durchgesetzt werden.
- Wanderarbeiterinnen und -arbeiter sollten die gleichen Rechten und Arbeitsbedingungen erhalten.
- Die EU muss ein Sozialfortschrittsprotokoll im Primärrecht verankern, das den Arbeitnehmer- und Sozialrechten Vorrang vor der Freiheit des Binnenmarkts einräumt.
- Die Arbeitszeitrichtlinie mit dem Ziel ändern, die Arbeitszeit bei gleichem Lohn zu verkürzen.

# STÄRKUNG DER DEMOKRATIE BEI KI UND INNOVATION

Wir begrüßen den Versuch des Europäischen Parlaments, den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) zu regulieren und unterstützen das Verbot biometrischer Überwachung, Emotionserkennung und vorhersagender Polizeiarbeit durch KI-Systeme. Allerdings konzentriert sich der Entwurf des EP auf eine marktbasierende Regulierung und geht damit am Kernthema vorbei: der Notwendigkeit von Transparenz und Rechenschaftspflicht (demokratischer und gesellschaftlicher Kontrolle) technologischer Innovationen im Hinblick auf ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen.

## **UNSER VORSCHLAG:**

- Eine wirksame Regulierung der KI nach dem Prinzip „Kontrolle durch Menschen“ muss im EU-Recht verankert werden.
- Jede Regulierung von KI durch die EU muss die Auswirkungen von KI auf die Arbeitswelt und die Gesellschaftssysteme berücksichtigen und mögliche diskriminierende Nutzungen von KI oder rassistisch geprägte Systeme ausschließen.
- Die Einführung von KI in Hochrisikobereichen und Megadatentransaktionen müssen identifiziert und verboten werden.
- Der Einsatz von KI in Waffensystemen muss verboten werden.
- Die kontrollierte Einführung digitaler Technologien in der Bildung muss die Arbeit und den Status der Lehrkräfte respektieren und verbessern, eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten vermeiden und negative Auswirkungen auf die Umwelt begrenzen.
- Öffentliche und private Dienstleistungen werden rasant digitalisiert. Die gesamte Bevölkerung kann mit dieser rasanten Entwicklung nicht mithalten und es besteht die Gefahr der digitalen Ausgrenzung. Älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und allen Bedürftigen muss eine angemessene Benutzerunterstützung und Zugang zu der notwendigen Ausrüstung gewährleistet werden, um Ausgrenzung zu verhindern.



# **DIE FEMINISTISCHE PERSPEKTIVE. FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE.**

Die Partei der Europäischen Linken betrachtet den Feminismus als grundlegend für den Aufbau eines Europas des Friedens, der Selbstbestimmung, der Freiheit und der Gleichheit, frei von Gewalt gegen Frauen.

Im Krieg sehen wir den extremsten Ausdruck patriarchaler Gewalt. Das feministische Ideal ist daher die logische Antithese zu jeglicher Art von Militarismus und Aufrüstung.

Der linke Feminismus bietet eine tiefgreifende Kritik an der kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaft, indem er eine Alternative zur Wirtschaft vorschlägt, die auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht, nämlich eine Wirtschaft, die auf dem Leben beruht.

Die Europäische Linke fordert Chancengleichheit für Frauen. Sie will der Ungleichheit ein Ende setzen, unter der Frauen in Europa leiden, nur weil sie berufstätig sind.

Wir prangern das anhaltende geschlechtsspezifische Lohn- und Rentengefälle an und kämpfen für die Anerkennung und Umverteilung von Betreuungsarbeit, die immer noch fast ausschließlich auf den Schultern von Frauen liegt. Wir fordern die Förderung öffentlicher Pflegesysteme.

Wir lehnen alle Formen der Unterdrückung aufgrund von Klasse, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlechtsidentität oder -ausdruck, sexueller Orientierung, Behinderung und Alter ab. Es ist diese emanzipatorische Perspektive, die sie vom liberalen Feminismus unterscheidet, der derzeit in den europäischen Institutionen vorherrscht.

Die Europäische Linke verteidigt das Recht der Frauen, autonome Entscheidungen über Mutterschaft und ihren Körper zu treffen. Darin wird gefordert, dass das Recht auf allgemein zugängliche Empfängnisverhütung und sichere Abtreibung europaweit durch die europäischen Verträge garantiert wird.

Gemeinsam mit feministischen Bewegungen kämpfen wir gegen sexistische Gewalt und Machismo, unter denen Frauen ihr ganzes Leben lang leiden, und fordern einen umfassenden rechtlichen und politischen Rahmen für den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt in all ihren Formen.

Die EL will eine feministische Perspektive zum Kriterium für die Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik der EU sowie in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Kultur machen.

## **UNSERE VORSCHLÄGE FÜR SOFORTMAßNAHMEN UMFASSEN FOLGENDE FORDERUNGEN:**

- Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt; es besteht Bedarf an einem umfassenden politischen Rahmen der EU, um jegliche geschlechtsspezifische Gewalt in allen europäischen Ländern zu beseitigen.
- Den Begriff „Femizid“ in der Gesetzgebung der EU und der Mitgliedstaaten anerkennen und eine gemeinsame Definition von Vergewaltigung in der EU übernehmen.
- Garantierte menschenwürdige Arbeit für Frauen – gezielte Maßnahmen zur Gewährleistung der Chancengleichheit von Männern und Frauen;
- die EU-Entgeltgleichheitsrichtlinie unverzüglich in nationales Recht in allen Mitgliedstaaten umsetzen.
- Höhere und garantierte Renten für Frauen;
- eine EU-Richtlinie, die die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, Zugang zu Diensten für Schwangerenfürsorge und Müttergesundheit, freiwilliger Familienplanung und kostenloser, sicherer und legaler Abtreibung zu gewähren.

## **FÜR EIN ENDE DER DISKRIMINIERUNG UND FÜR DIE VOLLSTÄNDIGE INKLUSION VON LGBTQIA+ –PERSONEN:**

- Wir setzen uns für die Grundrechte auf Ehe und Elternschaft für alle Paare ein und sorgen dafür, dass die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare und ihrer Kinder in der gesamten EU anerkannt werden.
- Wir plädieren für die Entpathologisierung von Transidentitäten und die Selbstbestimmung der Geschlechter sowie für eine Garantie der Anerkennung dieser Identitäten und den Zugang zu Behandlungen für die freie Entwicklung dieser Identitäten in der gesamten EU.
- Die rechtliche Anerkennung von LGBTQIA+-Identitäten muss als Asylgrund einbezogen werden.
- Antidiskriminierungsgesetze müssen gefördert und Hassrede definiert werden, um wirksam dagegen vorgehen zu können.



# MITENTWICKLUNG STATT KOLONIALER HERRSCHAFT UND HEGEMONIE

Die heutige globalisierte Welt zeigt, dass nationale Gegensätze und europäischer Isolationismus Illusionen sind. Die Covid-19-Pandemie mit weltweit sechs Millionen Todesfällen hat die Bedeutung internationalen Handelns angesichts der heutigen Krisen deutlich gemacht. Die EL hat gemeinsam mit Regierungen des globalen Südens, Gewerkschaften, NGOs und kirchlichen Organisationen dazu aufgerufen, im Kampf gegen Pandemien weltweit zusammenzuarbeiten und Impfstoffe zum Gemeingut der Menschheit zu erklären. Die Europäische Union muss ihren Platz in der entstehenden multipolaren Welt definieren und den Verzicht auf Gewalt in den internationalen Beziehungen fördern. Sie muss die Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Hegemonieverzicht fördern. Wir wollen, dass sich die EU für die Demokratisierung internationaler Institutionen einsetzt: der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und vor allem der Vereinten Nationen, die neu gegründet werden müssen, um das derzeitige Modell aufzugeben, das eine Reaktion auf den Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts war, und einem multilateralen Modell Platz zu machen, das unter anderem die Befugnisse der Generalversammlung zugunsten der Mehrheit der Staaten ausdehnt, eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft ermöglicht und die Organe der Vereinten Nationen stärkt, indem die Befugnisse der Generalversammlung im Interesse der Mehrheit der Staaten erweitert werden. Die EU-Handelspolitik muss das neoliberale System der Freihandelsabkommen und der Privatisierung von Dienstleistungen zurückweisen.

Wir fordern die EU auf, mit ihrem neokolonialen Herrschaftsstil zu brechen und ihre Handels- und Finanzbeziehungen mit dem globalen Süden auf eine neue Grundlage zu stellen. Konkret schlagen wir vor, dass in den Beziehungen zu Lateinamerika die neoliberale Logik und der Obskurantismus von Freihandelsabkommen aufgegeben wird, um eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu etablieren, die transparent, nachhaltig und vor allem von gegenseitigem Nutzen ist. Wir wollen, dass die EU sich dem Missbrauch des internationalen Finanzsystems als Waffe im neuen Kalten Krieg wi-

dersetzt und stattdessen den Multilateralismus in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der EU aufrecht erhält, die Entdollarisierung des internationalen Handels und die Schaffung einer gemeinsamen Weltwährung unterstützt, um der einseitigen Dominanz des US-Dollars ein Ende zu setzen und den IWF umzugestalten.

Die Festung Europa führt seit Jahrzehnten einen Krieg gegen Migranten und Flüchtlinge, der Gewalt, Leid und Folter verursacht und im Mittelmeer und entlang der Balkanroute tausende Leben fordert und zu tausenden Abschiebungen führt. Wir wollen Frontex, die Externalisierung von Grenzen, die Verlegung von Haftanstalten in Nicht-EU-Länder, die Finanzierung blutrünstiger Regime und die Verwaltungshaft von Personen, die für den Verbleib in der EU als ungeeignet gelten, stoppen. Das am 20. Dezember 2023 unterzeichnete neue Migrations- und Asylpaket muss gekündigt werden, da es Flüchtlinge zur Inhaftierung und in den meisten Fällen zur Abschiebung verurteilt. Wir setzen uns für ein Europa ohne Käfige und Stacheldraht ein, das nicht als Mauer, sondern als Brücke zu anderen Kontinenten und den Menschen, die dort leben, fungiert.

Wir fordern die EU auf, ihre internationale Politik ausschließlich auf der UN-Charta und den UN-Resolutionen auszurichten, anstatt nach den Anweisungen und Resolutionen der NATO militärische Kapazitäten für weltweite Interventionen aufzubauen.

Die Migrationspolitik der EU muss das Völkerrecht respektieren. Wir unterstützen die Schaffung sicherer, legaler und regulärer Migrationskanäle sowie einen verbesserten Schutz, Rechte und Unterstützung für Migranten und Asylsuchende. Wenn die EU die Zahl der Geflüchteten und Migranten verringern will, muss sie Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung im Nahen Osten, in Afrika südlich der Sahara und in Südasien fördern, anstatt sich an militärischen Interventionen zu beteiligen, Bürgerkriege anzuzünden und natürliche Ressourcen auszubeuten.

## **UNSERE VORSCHLÄGE FÜR SOFORTMAßNAHMEN:**

- Wir fordern einen Bruch mit der „Festung Europa“ – wir stehen für legale und sichere Migrationsrouten und stellen uns gegen die Politik der illegalen Pushbacks. Die EU muss eine wirklich europäische Migrations- und Asylpolitik entwickeln und umsetzen, die auf Mitverantwortung und verpflichtender Solidarität aller Mitgliedstaaten beruht. Eine Migrationspolitik, die sich durch die Schaffung sicherer, legaler Einreisemöglichkeiten auszeichnet, um den umfangreichen Menschenhandel zu bekämpfen und Verluste von Menschenleben im Mittelmeer zu stoppen. Eine Asylpolitik, die die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention respektiert. Wir fordern die Aufhebung aller Abkommen und Erklärungen zu Migration und Geflüchteten, die diese Grundrechte verletzen, einschließlich der Abkommen über die Externalisierung der europäischen Grenzen, und deren Ersetzung durch ein gemeinsames Aufnahmesystem in der Europäischen Union, das auf Kriterien der interterritorialen Solidarität und des Respekts für die Rechte von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten beruht.
- Wir fordern eine Richtlinie des Rates zur Umsetzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Menschen unabhängig von Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung.
- Wir fordern die Abschaffung des Dublin-Abkommens und die Auflösung von Frontex.
- Wir fordern die Aufhebung der Freihandelsabkommen der EU mit den Ländern des globalen Südens und deren Ersetzung durch neue internationale Abkommen, Handelskontroll- und Investitionsabkommen für gemeinsame Entwicklung und öffentliche Güter, die industrielle und landwirtschaftliche Souveränität, fairen Handel und faire Handelsbeziehungen und die soziale und ökologische Entwicklung respektieren und den Konsum lokal produzierter Waren und kurze Vertriebswege fördern. Dies muss auf unabhängige Weise geschehen, ohne diese Beziehungen den geopolitischen Interessen der USA und der NATO unterzuordnen.
- Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, den Ländern im globalen Süden die Covid-Schulden zu erlassen. Es sollte eine allgemeine öffentliche Prüfung illegitimer, erzwungener Schulden eingeführt werden.

- Um neue Beziehungen zu den Ländern des Südens aufzubauen, muss ein von der EZB finanzierter Europäischer Fonds für ökologische und soziale partnerschaftliche Entwicklung eingerichtet werden. Arbeitnehmervertreter der betroffenen Länder müssen teilnehmen können.
- Wir fordern die EU auf, sich zu einer sofortigen und umfangreichen mehrjährigen Ausgabe von SZR (Sonderziehungsrechten) für den ökologischen Wandel und die Reaktion auf die soziale Krise zu verpflichten, die entsprechend den Bedürfnissen jedes einzelnen Landes zugewiesen werden, und zu einer Überarbeitung der Stimmrechte des Landes innerhalb des IWF, auf Grundlage sowohl des BIP eines Landes als auch des Gewichts seiner Bevölkerung in der Welt.
- Die Welt muss die Gefahr erkennen, die dem armenischen Volk droht. Wir fordern die Kündigung des Gasvertrags zwischen der EU und Aserbaidschan. Das Energieargument darf kein Argument gegen die grundlegenden Menschenrechte des armenischen Volkes sein.
- Entsprechend der jährlichen Abstimmung der UN-Generalversammlung in den letzten 30 Jahren fordern wir die EU auf, gegen das Wirtschafts-, Finanz- und Handelsembargo der USA gegen Kuba und dessen extraterritoriale Anwendung vorzugehen sowie dessen sofortige Entfernung aus der Liste der Länder, die den Terrorismus fördern.
- Die EU muss das repressive Regime der Türkei auffordern, seine Aggression gegen das kurdische Volk einzustellen. Sie sollte die Besetzung der Westsahara durch Marokko, seine Angriffe und Menschenrechtsverletzungen gegen das saharauische Volk und seine militärischen Aggressionen gegen die von der Polisario-Front befreiten Gebiete und den saharauischen Flüchtlingslagern in Tindouf verurteilen und ein Referendum über die Selbstbestimmung des saharauischen Volks im Einklang mit UN-Resolutionen unterstützen.
- Die europäisch-türkischen Verhandlungen über die Revision der Zollunion müssen als Druckmittel gegen die Türkei genutzt werden, um eine gemeinsame Berufung Griechenlands und der Türkei vor dem Internationalen Gerichtshof in Fragen des Festlandsockels und der AWZ zu erreichen.

# WAGEN WIR ES, DEMOKRATIE ZU BETREIBEN!

Wir befürworten eine umfassende öffentliche Debatte über die Zukunft der EU unter Einbeziehung der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft.

Die jüngste „Konferenz zur Zukunft Europas“ schloss ihre Arbeit mit der Forderung nach einer Überarbeitung des Europavertrags in Richtung demokratischer Beteiligung, Transparenz, Rechenschaftspflicht und sozialem Zusammenhalt ab.

Wir kämpfen für eine neue EU, die eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft, Beschäftigung und den Sozialstaat in den Vordergrund stellt, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den Regionen Europas überwindet und sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzt – statt für den Binnenmarkt und die sogenannte „Währungsstabilität“.

Wir setzen unseren Kampf fort, die Krise der EU zu überwinden und eine wirklich demokratische Union der europäischen Völker aufzubauen.

Obwohl wir für Reformen im rechtlichen Rahmen der EU kämpfen, glauben wir, dass es die aktuellen EU-Verträge sind, die einer radikalen sozialen und ökologischen Transformation und der wirksamen und demokratischen Souveränität der Menschen im Wege stehen. Wir fordern daher eine unabhängige, solidarische, partizipative und demokratische Neugründung der EU.

Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechte und Demokratie sind Werte, die in der gesamten EU angewendet und durchgesetzt werden müssen. Ebenso verteidigen wir das Recht der Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten, unsoziale, neoliberale Maßnahmen abzulehnen, wenn sie verhängt werden.

Die neue EU muss die souveräne Selbstbestimmung der europäischen Völker respektieren, die gleichberechtigt miteinander kooperieren. Politikbereiche mit geteilter Zuständigkeit müssen demokratisiert werden, wobei das direkt gewählte Europäische Parlament und die nationalen Parlamente die zentrale Rolle spielen. Wir erkennen auch die Existenz und die Rechte von Völkern ohne Staaten an.

Europa ist mehr als die EU. Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit erfordern die Stärkung gesamteuropäischer Institutionen wie des Europarats und der OSZE.

Die EU hat klare Kriterien für ihre Erweiterungspolitik festgelegt, die nicht verwässert werden dürfen: Staaten können nur dann Mitglieder der EU werden, wenn sie die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit sowie die sozialen und politischen Rechte ihrer Bevölkerung, einschließlich Minderheiten, respektieren. Die Erweiterung darf kein Instrument zur Vertiefung der Gräben innerhalb Europas und zur Verschärfung der militärischen Spannungen sein. Sie darf den Beitrittsländern nicht die Rolle von Lieferanten billiger Rohstoffe, Agrarprodukte und billiger Arbeitskräfte zuweisen, wie sie es bereits jetzt tut. Das ist weder für die arbeitende Bevölkerung der Beitrittsländer noch für die der Mitgliedstaaten gut. Im Gegensatz dazu muss der Schwerpunkt auf der Wahrung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie der Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Kandidaten- und Mitgliedstaaten liegen.

Wir glauben, dass das Recht auf allgemeines Wahlrecht Eingewanderten die aktive Beteiligung am Gemeinwesen ermöglichen kann und dass das Wahlrecht ab 16 Jahren ein guter erster Schritt zur Stärkung von Demokratie und Partizipation wäre.

## **UNSERE POSITIONEN:**

- Die neuen Verträge müssen antifaschistische und antinazistische Werte als Grundlagen der Union definieren.
- Das direkt gewählte Europäische Parlament muss das Recht haben, Gesetze zu initiieren, Gesetze vorzuschlagen, die Europäische Kommission zu wählen, den EU-Haushalt vorzuschlagen und darüber zu entscheiden sowie die Aktivitäten der Europäischen Zentralbank zu kontrollieren.
- Während das Europäische Parlament keine Zuständigkeit für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat, lehnen wir die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat in diesen Angelegenheiten ab.
- Wir unterstützen die Bestrebungen des irischen Volkes, seine durch den britischen Kolonialismus gesplattene Nation wieder zu vereinen.

**UNSERE PARTEI HAT DEN ANSPRUCH, EIN INSTRUMENT FÜR EINE NEUE EINHEIT DER LINKEN IN EUROPA ÜBER PARTEIGRENZEN HINWEG ZU SEIN UND SICH FÜR DAS ZUSAMMENWACHSEN UND DAS GEMEINSAME HANDELN ALLER PROGRESSIVEN UND ÖKOLOGISCHEN KRÄFTE EINZUSETZEN. WIR BIETEN UNSER WAHLPROGRAMM ALLEN ZUR DISKUSSION UND DEBATTE AN, DIE SICH FÜR EIN DEMOKRATISCHES, GERECHTES, FEMINISTISCHES UND ÖKOLOGISCHES EUROPA AUF DER GRUNDLAGE EINES NEUEN PARADIGMAS NACHHALTIGER ENTWICKLUNG EINSETZEN WOLLEN.**

**WÄHLEN SIE DIE MITGLIEDS-, BEOBACHTER- UND PARTNERPARTEIEN DER EL!**



V.i.S.d.P.: Alicja Flisak, Die Linke, Bereich Internationale Politik  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin





 Europäische **LINKE**

